

selbständigen bzw. an einen anderen Staat anzuschließen. Während der revolutionären Nachkriegskrise 1919—1923 versuchten einflußreiche Kreise der im Rheingebiet ansässigen deutschen Großbourgeoisie, das Rheinland vom deutschen Staatsverband abzutrennen und eine großkapitalistische »Rheinische Republik« zu errichten, um die rheinisch-westfälische Großbourgeoisie vor der revolutionären Bewegung zu schützen und sie vor den wirtschaftlichen Folgen des vom deutschen Imperialismus verlorenen ersten Weltkrieges zu bewahren. Die separatistische Bewegung scheiterte am Widerstand der Bevölkerung des Rheinlands, insbesondere der Arbeiterklasse. Nach der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg schuf das westdeutsche Monopolkapital im Bunde mit den Westmächten in Gestalt der BRD einen Separatstaat. Diese Kräfte spalteten Deutschland aus Furcht vor einer offenen politischen Auseinandersetzung mit der geeinten Arbeiterklasse und den anderen progressiven Kräften in einem einheitlichen antifaschistisch-demokratischen deutschen Staat und um die eigene Klassenherrschaft zu retten und wiederherzustellen und ihre imperialistischen Klassenziele unter Bruch des —► *Potsdamer Abkommens* durchzusetzen.

SEW —<• *Sozialistische Einheitspartei Westberlins*

Sicherheit in Asien: Bemühungen asiatischer Völker, Staaten und Regierungen, auf gemeinsamer Basis die bestehenden Konflikte und Konfrontationen zu beseitigen, den Frieden zu sichern und Beziehungen allseitiger politischer, ökonomischer und kultureller Zusammenarbeit auf der Grundlage allgemeiner Prinzipien des —<• *Völkerrechts* herzustellen. Die UdSSR unterbreitete den Vorschlag zur Herstellung von Frie-

den, Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien, der ein wesentlicher Bestandteil der sowjetischen Friedenspolitik ist, bereits 1969 durch L. I. Breshnew auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Er fußt auf dem Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens und geht folglich davon aus, daß der Kampf um Frieden und Sicherheit der Völker, d. h. um Zurückdrängung der aggressiven Politik des Imperialismus, seiner Bestrebungen, die einzelnen Regionen zu »Interessensphären« und »strategischen Zonen« zu machen, und um die Durchsetzung der Politik der —► *friedlichen Koexistenz* zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht nur auf einem Kontinent geführt werden kann. In Europa hat die koordinierte Außenpolitik der um die UdSSR zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft in den vergangenen Jahren bereits wesentliche Veränderungen in den Beziehungen der sozialistischen und kapitalistischen Staaten bewirkt (—► *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975*). Es steht nach wie vor die Aufgabe, die bisherigen Ergebnisse des Entspannungsprozesses (—<■ *Entspannungspolitik*) zu erhalten, weiter zu vertiefen, ihn unumkehrbar zu machen und auf andere Kontinente auszudehnen — insbesondere auch auf Asien. Auf diesem Kontinent, einschließlich Westasiens bzw. des Nahen und des Mittleren Ostens, leben heute über zwei Md. Menschen. Über einen großen Teil des Territoriums erstreckt sich die UdSSR (16,8 Mill. km²), die erfolgreich die materiell-technische Basis des Kommunismus aufbaut. In weiteren Staaten wird die sozialistische Gesellschaft errichtet. Japan gehört zu den entwickelten kapitalistischen Staaten. Die Mehrheit der Länder sind jedoch —<- *Entwicklungsländer* (über 30) — auf unterschiedlichem Ent-